



Politische Ökonomie

## Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht

Der Kampf gegen die ökonomische Diskriminierung und Rechtlosigkeit von Frauen wie auch gegen ihre sozio-ökonomische Benachteiligung ist seit der Existenz von Frauenbewegungen ein Thema der feministischen Ökonomie. Auch heute befassen sich Gender-Mainstreaming-Programme mit den vielfältigen Aspekten dieses Themas, ebenso die Gleichstellungspolitik der Gewerkschaften, linken und grünen Parteien. Einen Aspekt hat aber erst die neue Frauenbewegung aufgebracht: die unbezahlte Arbeit. Von einer *wirtschaftstheoretischen* Weiterentwicklung dieses Themas in Richtung einer neuen Wohlfahrtsökonomie oder Analyse der »anderen Wirtschaft« kann erst seit rund 20 Jahren geredet werden; in der öffentlichen Debatte ist sie (noch) kaum präsent. Maria Mies, eine wichtige feministische Theoretikerin der neuen Frauenbewegung, schrieb über ihren intellektuellen Werdegang rückblickend (2009):

»Den Bielefelder Entwicklungssoziologinnen<sup>1</sup> ging es damals vor allem um die Klärung des theoretischen Problems, wie denn die Produktionsweise zu bezeichnen sei, durch die die Mehrzahl der Menschen dieser Welt – bis heute – ihre ›Reproduktion‹ sichern. Die Mehrzahl der Menschen waren nicht ›freie LohnarbeiterInnen‹ im klassischen Marx<sup>2</sup>-schen Sinn. Sie waren Kleinbauern, Pächter, Handwerker, Kleinhändler, Gelegenheitsarbeiter, Prostituierte, Bettler und ähnliche ›Subsistenzproduzenten‹ auf dem Land und in der Stadt. Maoisten nannten sie ›feudal‹, andere nannten die Vielfalt dieser Überlebensproduktion ›heteronom‹. Alle stellten jedoch fest, dass es in dieser Produktionsweise *nicht* um *Produktion im klassisch marxistischen Sinn* ging, nämlich um die Herstellung von Waren, von Tauschwerten und Mehrwert, sondern um *Re-Produktion* des eigenen Lebens, also um Subsistenz. (...) Meine Freundinnen und ich hatten schon seit einigen Jahren versucht, Klarheit zu bekommen über die theoretischen strukturellen Zusammenhänge zwischen Hausarbeit und Arbeit der Bauern in den Entwicklungsländern.« (Mies, 2009, S. 259, Hervorhebungen durch die Autorin).

---

**Mascha Madörin**

ist Ökonomin und schreibt über Themen der Politischen Ökonomie aus feministischer Sicht.



## Die andere Wirtschaft mit ihren »nicht-fortschrittlichen« Branchen

Inzwischen haben verschiedene feministische Ökonominnen dasselbe Thema als Teil einer *wirtschaftstheoretischen* Fragestellung aufgenommen, und zwar unter Begriffen wie ›Care Economy‹<sup>2</sup>, die »andere Wirtschaft« oder ›Sorge- und Versorgungswirtschaft« (Madörin 2010a). Im Jahr 2000 hat die Fachzeitschrift ›Feminist Economics‹ einen Artikel von Susan Donath veröffentlicht, der mich – wie kein anderer Artikel einer feministischen Ökonomin – dazu animiert hat, mich mit meso- und makroökonomischen Fragen aus feministischer Sicht zu befassen. Der Artikel liefert ein analytisches Werkzeug, das erlaubt, das Instrumentarium der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>3</sup> und damit makroökonomische, (links-)keynesianische Analysen für feministische Fragestellungen fruchtbar zu machen, zu erweitern und so zu kritisieren. Unter dem Titel ›The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics‹ bezieht sich die australische Ökonomin auf eine These des US-Ökonomen William Baumol<sup>4</sup> zu auseinanderdriftenden Produktivitäten in »reifen Volkswirtschaften« (Donath 2000)<sup>5</sup>. Die These geht davon aus, dass es – insbesondere im Dienstleistungssektor – wirtschaftliche Tätigkeiten gibt, in denen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (siehe weiter unten) enge Grenzen gesetzt sind. Der enorme Fortschritt der Technik und Arbeitsproduktivität in einigen Wirtschaftsbranchen (von Baumol »fortschrittliche« Branchen genannt) und die nur begrenzt mögliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den »nicht-fortschrittlichen« Branchen führen zu neuen Proportionen in der Erwerbsstruktur, der Staatsquote und der Kostenstruktur der ›reifen‹ kapitalistischen Wirtschaft. Der Anteil der wenig produktiven Arbeitsplätze in Volkswirtschaften wird zunehmen, das Wirtschaftswachstum wird sich verlangsamen, und die Staatsquote wird notwendigerweise zunehmen müssen, soll es ein allen zugängliches Gesundheits- und Bildungswesen geben. Sonst können die üblichen Löhne nicht bezahlt werden (Madörin 2010a).

Susan Donath hat Baumols Überlegungen aufgenommen und vorgeschlagen, seine These als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer eigenständigen feministischen Ökonomie zu nehmen. Als Begründung führt sie an, dass in der unbezahlten und bezahlten Care-Ökonomie – sprich: in der direkten Sorge für und Versorgung von Menschen – vor allem Frauen tätig seien. Donath spricht von »production and maintenance of human beings« und vertritt die Ansicht, dass für diesen Bereich eine spezifische Theorie öffentlicher Güter und Dienstleistungen entwickelt werden müsse.<sup>6</sup> Die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie



ist wesentlich durch Baumols »Kostenkrankheit« charakterisiert. Es handelt sich um arbeitsintensive, personenbezogene Dienstleistungen, die von anderen Logiken des Arbeitsprozesses geprägt sind als jene der Güterproduktion oder vieler nicht-personenbezogener Dienstleistungen. »I think that feminist economics needs to insist that there are not one, but two equally important economic stories or models or metaphors«, schreibt Donath dazu.

In Donaths Argumentation steht nicht, wie bei Mies, die Analyse anderer *Produktionsweisen* im Vordergrund, sondern die Unterschiede in der betriebs- und makroökonomischen Logik der Arbeits- und Austauschprozesse personenbezogener Dienstleistungen, letztlich die Unterschiede zur Güterproduktion. Diese liefern meiner Ansicht nach eine mögliche Erklärung dafür, weshalb es trotz der unerbittlichen kapitalistischen Expansion – in Arbeitsstunden gerechnet – immer noch eine sehr grosse ›andere Wirtschaft‹ ausserhalb der direkten kapitalistischen Verwertungsprozesse gibt, auch in wirtschaftlich sehr weit entwickelten Volkswirtschaften wie der Schweiz. Sie erklären auch – mindestens teilweise – die wachsende Zahl der Working-poor, nimmt doch die Erwerbsarbeit in haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen zu, während sie in anderen Wirtschaftsbranchen abnimmt oder stagniert.<sup>7</sup> Die ›andere Wirtschaft‹ ist zwar äusserst heteronom organisiert, sowohl was die Art der Arbeiten als auch die institutionellen Verhältnisse anbelangt, in denen sie geleistet werden. Was jedoch das Arbeitsvolumen betrifft, sind die Haushalte der zentrale Produktionsort der ›anderen Wirtschaft‹.

Letztlich stehen bei den feministischen Wirtschaftstheorien, die sich mit der ›anderen Wirtschaft‹ befassen, drei Aspekte im Zentrum:

1. die Analyse des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer Akkumulation, Expansion, Ausbeutung und Plünderung und deren *Auswirkungen* auf die ›andere Wirtschaft‹
2. eine Analyse, Theorie und Geschichte der ›anderen Wirtschaft‹: Was bedeutet sie für den Lebensstandard und die Wohlfahrt? Wie wirkt ihre Organisation auf den kapitalistischen Verwertungsprozess ein? Wie sind die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in diesem Wirtschaftsbereich?<sup>8</sup>
3. eine Theorie der ökonomischen Zusammenhänge zwischen der kapitalistisch organisierten Wirtschaft und der ›anderen Wirtschaft‹.

Die Analyse der ersten Frage ist in der marxistischen Debatte – nicht der keynesianischen – mindestens ansatzweise Teil der Denktradition.<sup>9</sup> Heute wird sie unter der Thematik ›Landnahme‹ (anschliessend an Analy-



sen von Marx zur ursprünglichen Akkumulation) und in neueren feministischen Debatten über den Neoliberalismus und die Globalisierung wieder aufgenommen. Bei der zweiten und der dritten Frage geht es meiner Ansicht nach um neue Fragen: Wie organisieren Gesellschaften die Produktion und Reproduktion der materiellen Bedingungen des Lebens und Überlebens der Menschen<sup>10</sup>? Das ist nicht – und immer weniger! – dieselbe Frage, wie eine Gesellschaft die Produktion und Reproduktion des Kapitalismus und damit der kapitalistischen Akkumulation organisiert.

### Traditionelle Wirtschaftsmodelle taugen nicht mehr

Als ich Ende der 1960er-Jahre Entwicklungsökonomie studierte, gab es eine implizite Annahme über den Gang der Geschichte, nämlich, dass die industrielle, privatwirtschaftliche (kapitalistische) oder sozialistische Produktion dank der Wirtschaftsentwicklung wächst und der informelle Erwerbsektor zunehmend verschwinden wird. Oder einfach gesagt: Die Annahme war, dass die Arbeitsproduktivität substanziell in allen bereits bestehenden Bereichen menschlicher Erwerbsarbeit zunehmen wird, und zwar dank einer neuen Organisation, Standardisierung und technischen Fortschritts. Der riesige Bereich der unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit in Familien, Clans und informellen Netzwerken wurde unter einem ökonomischen Blickwinkel schon gar nicht, der informelle Erwerbsektor nur sehr pauschal diskutiert. Auch die Väter der politischen Ökonomie – beispielsweise Adam Smith, Karl Marx und John Maynard Keynes – waren überzeugt, dass der materielle Fortschritt, also die Erhöhung des Lebensstandards und der Wohlfahrt der Menschen, im Wesentlichen von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie abhängt. Das stimmt heute nur noch beschränkt, liegt aber als Grundidee immer noch implizit den meisten kapitalismuskritischen Debatten zugrunde – auch den Argumentationen zu den New Green Deals.

Die grosse Errungenschaft von *Marx' Reproduktionsmodell* und von *Keynes Arbeiten zur Makroökonomie und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* liegt unter anderem in der Tatsache, dass diese Theoretiker – im Unterschied zu den Neoklassikern – wussten, dass ein Markt nicht einfach ein Markt ist, und dass es auf dem Markt verschiedene Gruppen von Akteuren gibt, die aus verschiedenen Gründen nach *unterschiedlichen ökonomischen Logiken* handeln. Es entsteht eine eigene, diesen Logiken inhärente Krisendynamik, die vom Markt allein nicht geregelt werden kann. Marx und Keynes haben drei Sektoren unterschieden: Die



Industrien, die Gebrauchs- und Konsumgüter für die Haushalte produzieren, dann die Industrien, die andere Industrien mit Rohstoffen, Maschinen, Energie, Infrastruktur usw. beliefern, und drittens noch der Bankensektor. Ferner gibt es aus der Sicht von Keynes wichtige Akteure, die die Produkte und Dienstleistungen kaufen: die Unternehmer, die Lohnabhängigen und der Staat. Dabei gibt es zwei für die Dynamik der Wirtschaft wichtige Aspekte: 1. die Kaufkraft und Verschuldung von Haushalten, Staat und Unternehmen, 2. die verschiedenen Neigungen, Geld auszugeben: bei den Lohnabhängigen für Konsum, bei den Unternehmen für neue Investitionen, die wesentlich von den Profitperspektiven abhängen. Die Banken wiederum neigen dazu, neues Geld durch die Vergabe neuer Kredite zu schaffen.<sup>11</sup> Im Fall einer Wirtschaftskrise sollte der Staat vorübergehend die mangelnden Ausgaben der anderen Akteure durch Mehrausgaben kompensieren.

Dieses Denkmodell war in der Vergangenheit aussagekräftig, kurzfristig auch für die Bekämpfung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Aber es taugt meiner Ansicht nach als polit-ökonomisches Denkraster immer weniger, um die heutigen ökonomischen Umbrüche und Krisen zu erklären. Vor allem als Grundlage einer Zukunftsdebatte ist es problematisch. Sowohl Marx als auch Keynes gingen in ihren Krisenmodellen von rein nationalökonomischen und implizit männerzentrierten Denkmodellen aus. Dabei werden die Pfannen, Kleider und Gurken, die in der Schweiz gekauft werden, vorwiegend in der Schweiz produziert – von Männern, die das Geld verdienen, damit ihre Frauen die Produkte kaufen und in Lebensstandard umwandeln können. Je höher die Lohnsumme, desto höher sind die Käufe von Industrieprodukten durch die Haushalte und der Lebensstandard. Ebenso steigt die Neigung der Unternehmer, mehr zu produzieren, in Industrien zu investieren und die Gewinne durch technische Erneuerungen zu erhöhen. Dieser volkswirtschaftliche Kreislauf der kapitalistischen Akkumulation und der Erhöhung des Lebensstandards ist von der Globalisierung der Konsumgüterindustrie unterbrochen worden – auch die damit verbundenen Geschlechterverhältnisse und -konflikte haben sich dabei verändert. Darüber hinaus kennen die Denkmodelle von Marx und Keynes nicht das Baumol'sche Problem der massenhaften Arbeiten, deren Produktivität nur beschränkt erhöht werden kann. Es gibt auch keine unbezahlte Care-Arbeit, die ein grosses Gewicht in der Zeitökonomie der Menschen hat und zudem für den Lebensstandard der Menschen zentral ist. Verschiebungen im Verhältnis zwischen der Wirtschaft und der ›anderen Wirtschaft‹ können daher mit den makroökonomischen Denkmodellen von Marx und Keynes nur unbefriedigend analysiert werden. Deshalb



### Neue Wirtschaftssektoren

Aus der Sicht der Care-Ökonomie sollten makroökonomische Denkmodelle folgende analytische Differenzierungen enthalten:

- Sie müssen zwischen ›progressiven‹ und ›nicht-progressiven‹ Branchen unterscheiden.
- Sie müssen in der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (mindestens) einen neuen Wirtschaftssektor einführen und innerhalb der bisherigen anders differenzieren: Sektor 1 (Landwirtschaft); Sektor 2: Industrieproduktion mit 2a Produktion für Haushalte und 2b für Unternehmen und andere Betriebe; ein reduzierter Sektor 3 (Dienstleistungen an Unternehmen, Banken, Grosshandel; Infrastrukturdienstleistungen etc.); ein zusätzlicher Sektor 4 (bezahlte und unbezahlte personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen).

Ebenso müssen bei den Unterscheidungen nach Institutionen mindestens die Haushalte als produzierende (und nicht nur konsumierende Kategorie) eingeführt werden, allenfalls müssen auch spezielle Konti für nicht gewinnorientierte, nichtstaatliche Institutionen eingerichtet werden. Nur so ist eine volkswirtschaftliche Gesamtsicht möglich. Relativ einfach wäre es, ein Satellitenkonto (wie beim Tourismus) für die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit für Kinder und Kranke einzurichten.

braucht es die Einführung neuer Kategorien, um die ökonomischen Zusammenhänge sichtbar zu machen, die diese Veränderungen erfassen können. Diese Kategorien müssen mindestens die unbezahlte Arbeit und mindestens Haushalte als Orte der Produktion miteinschliessen. Ebenso braucht es eine Neuordnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

### Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten

In internationalen Vergleichen wird die Arbeitsproduktivität meistens als Bruttowertschöpfung (BWS) einer Branche oder Volkswirtschaft pro Vollzeitäquivalentbeschäftigte (VZÄ) berechnet.<sup>12</sup> Was bedeutet diese Berechnung? Mit der BWS wird berechnet, wie viel Wert die (Erwerbs-)Arbeit den verkauften Gütern und Dienstleistungen einer Branche hinzugefügt. Von den Verkaufsumsätzen werden alle Inputs und Vorleistungen ausser Arbeitskosten abgezogen. Alle BWS zusammengezählt, ergeben das Bruttoinlandprodukt (BIP). Im BWS-Betrag enthalten ist also alles, was für die Deckung der Arbeitskosten (Löhne, Honorar,



Sozialversicherungen, Weiterbildung etc.) zur Verfügung steht, plus die Einkommen/Honorare, die die Unternehmer und Selbständigen für sich selbst beziehen, plus die Abschreibungen und Steuern der Unternehmen.

Daten zu den Arbeitsproduktivitäten (BWS pro VZÄ) in der Schweiz zeigen eindrücklich, wie stark diese in den verschiedenen Wirtschaftszweigen auseinanderliegen und wie unterschiedlich sie sich seit 1991 entwickelt haben:

Das Bundesamt für Statistik (BFS online, Juni 2011, T4.74.3) weist für das Jahr 2006 folgende Arbeitsproduktivitäten des Business-Sektors<sup>13</sup> mit den folgenden Branchen aus: Kreditgewerbe 294'075 Franken, Energie- und Wasserversorgung 388'617 Franken, Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung 274'927 Franken, Herstellung von Uhren, medizinischen und optischen Geräten 164'309 Franken, Baugewerbe 92'054 Franken, Landwirtschaft 40'862 Franken, Gastgewerbe 55'669 Franken, Gesundheits- und Sozialwesen 73'415 Franken. Bei diesen Zahlen handelt es sich um einen Durchschnitt pro VZÄ der Branchen (z.B. der Bergbauern und der Landwirtschaft im Mittelland), mit dem neben den Abschreibungen alle Personalkosten, auch jene der Manager, bezahlt werden müssen.

Klassische Beispiele für das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten in nicht-progressiven Wirtschaftszweigen à la Baumol sind das Gastgewerbe und das Gesundheits- und Sozialwesen: 1991 wurde im Gastgewerbe eine Arbeitsproduktivität (BFS online, Juni 2011, T4.74.2) erzielt, die 50.5 Prozent der Produktivität des Kreditwesens und 58.9 Prozent der Industrie entsprach. 2007 lag der gleiche Produktivitätsvergleich für das Gastgewerbe noch bei 18.7 respektive 38.5 Prozent. Für das Gesundheits- und Sozialwesen lauten die entsprechenden Vergleichszahlen: 58.5 Prozent (1991) und 24.4 Prozent (2007) der Arbeitsproduktivität des Kreditwesens, 68.2 Prozent (1991) und 50.3 Prozent (2007) der Arbeitsproduktivität der Industrie. Das heisst, etwas fragwürdig über den Daumen gepeilt<sup>14</sup>, dass die Banken und die Industrien, im Jahr 1991 – ohne in die roten Zahlen zu geraten – im Durchschnitt doppelt so hohe Löhne wie das Gastgewerbe hätten bezahlen können. 2008 wären bei den Banken durchschnittlich sogar rund fünfmal höhere Löhne drin gelegen. Das bezahlen sie aber nicht: Laut BFS-Statistiken lag der Zentralwert<sup>15</sup> des monatlichen Bruttolohns im Gastgewerbe im Jahr 2008 bei 4000 Franken monatlich und im Bankwesen bei 9001 Franken; für alle VZÄ-Bruttolöhne lag er bei 6046 Franken. Die Banken haben ihre grosse BWS pro Beschäftigte unter anderem dafür gebraucht, um die Löhne für eine kleine Minderheit hoher Kader sehr viel



stärker zu erhöhen und insbesondere die Boni ins Unermessliche steigen zu lassen.

Die Lohnschere geht also einerseits zwischen den ›nicht-progressiven‹ und »progressiven« Branchen auf, andererseits aber vor allem auch innerhalb der ›progressiven‹ Branchen. Letzteres ist zu Recht ein Thema der Gewerkschaften. Der erste Aspekt wirft meiner Ansicht nach jedoch grundlegende Zukunftsfragen auf, die ausdiskutiert werden müssten. Sie betreffen insbesondere die Gleichheit zwischen Frauen und Männern, weil die Frauen überproportional stark in den Bereichen der personenbezogenen Dienstleistungen arbeiten. Hinzu kommt der sehr grosse Bereich unbezahlter Arbeit, die ebenfalls vorwiegend von Frauen verrichtet wird.

Das Konzept der Arbeitsproduktivität hängt auch wesentlich – das muss unbedingt betont werden – von den Preisen der Produkte und Dienstleistungen und deren Verkaufsmenge ab, nicht nur von der Effizienz, dem ›Humankapital‹ oder der Produktivkraft der Wirtschaft, wie so gerne behauptet wird. Das heisst, sie hängt auch von der Kaufkraft der jeweiligen Auftrags- und Arbeitgeber oder Käufergruppen ab: Eine Grafikerin kann beispielsweise sehr viel höhere Honorare verrechnen, wenn sie für Novartis anstatt für Gewerkschaften arbeitet. New York, ein stark verschuldeter Staat, hat in den letzten zwölf Jahren die Löhne der Richterinnen und Richter nicht erhöht. So wechseln immer mehr RichterInnen zu Anwaltsfirmen, wo die Einkommen zehnmal höher sein können als jene für hochgestellte RichterInnen des Staates. (New York Times online, 4.7.2011)

Es ist wichtig, zu verstehen, dass sich mit der massiv zunehmenden Arbeitsproduktivität in einigen Branchen<sup>16</sup> die Preis- und Lohnrelationen zwischen progressiven und nicht-progressiven Branchen enorm ändern. Auch die Kaufkraft verschiedener Käufergruppen wird deshalb immer ungleicher. Das gilt sowohl unter den LohnempfängerInnen verschiedener Branchen als auch für die Unternehmen verschiedener Branchen. Sobald die Care-Ökonomie ins Spiel kommt, müssen ökonomische Überlegungen die Kaufkraft des Staates in Betracht ziehen. Diese hängt wesentlich von den Steuereinnahmen ab, und davon, wofür der Staat Geld ausgibt. Dienstleistungen des Gesundheits- oder Bildungswesen können sich Normalverdienende nur leisten, wenn der Staat mitfinanziert. Deshalb hängen die Arbeitsplätze dieser Branchen wesentlich von öffentlichen Transferzahlungen ab. Hier besteht eine Frage des Lebensstandards, die mit der Kaufkraftproblematik ganz anders zusammenhängt als der Konsum von Gütern (Madörin 2010b).





## Nationale Lebensstandard-Politik: Eine Politik der tiefen Preise

Die ›nicht-fortschrittlichen‹ Branchen leiden also unter den – relativ zu anderen Branchen – hohen Arbeitskosten. Die Arbeitskosten sind aus der Sicht der KapitalistInnen wegen der Rentabilitätsfrage zu hoch – für sie muss von der Bruttowertschöpfung nach Abzug der Personalkosten, Steuern und Abschreibungen möglichst viel übrig bleiben. Es gibt Branchen, in denen schlicht fast nichts übrig bleibt. Hier liegt die Gründung von Non-Profit-Unternehmen und Genossenschaften nahe – auch aus kapitalistischer Sicht. Für sie liegt die Limite dort, wo die Arbeitskosten und Abschreibungen die BWS übersteigen. Unterhalb dieser Limite gibt es jedoch noch viel Arbeit, die getan werden müsste. Sie wird mehr oder weniger auch getan, kann aber ohne Transferfinanzierung (Steuern, obligatorische Sozialversicherungen) nicht bezahlt werden.<sup>17</sup>

Es kann nicht genug betont werden: Die Arbeitskosten kostenkranker Branchen sind auch aus der Sicht der KonsumentInnen und SteuerzahlerInnen ein Problem, nicht nur für die Kapitalisten. Ihr Lebensstandard hängt nicht nur davon ab, wieviel sie verdienen, sondern auch, was sie mit ihrem Einkommen kaufen können. SteuerzahlerInnen ärgern sich über die hohen Gesundheitskosten und fallen auf die irrwitzigsten Kostensenkungsprogramme und Giesskannenargumente rein, selbst wenn für sie dabei Leistungen abgebaut werden. Sie kaufen Tomaten aus Spanien, Pfannen aus China und Marmorplatten aus Indien, die nur billig sind, weil dort die Löhne skandalös tief und die Arbeitsbedingungen katastrophal sind. Und sie stellen Sans-Papiers für die Krankenbetreuung zuhause ein, weil auch ein mittleres Renteneinkommen neben den Lebenshaltungskosten nicht erlaubt, eine Hauspflegerin anständig zu bezahlen. Eine Alternative wäre, die öffentliche respektive kollektive Finanzierung der kostenkranken und unbezahlten Leistungen massiv auszubauen. Das würde aber nicht nur für Unternehmen und Reiche, sondern auch für natürliche Personen eine Steuererhöhung bedeuten. Im Fall der Schweiz würden solche Steuern vor allem die (Schweizer) Männer treffen (Madörin 2010b).<sup>18</sup>

Es geht um einen ökonomischen Widerspruch, der nicht neu ist, sich aber mit zunehmendem Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten verschärft. Es gilt die Frage zu beantworten, wie die Gesellschaft wichtige Leistungen für die Wohlfahrt der Menschen organisiert, wenn die Arbeitskosten zu hoch sind, weil ›normale‹ Löhne bezahlt werden. Neben der Standortpolitik (für die kapitalistische Entwicklung) gibt es, so meine These, eine eigenständige Lebensstandard-Politik demokratisch gewählter Regierungen, die schliesslich wieder gewählt werden wollen.



Die beiden Politiken stehen in ständigem Widerspruch zueinander. Die Lebensstandard-Politik war und ist auf eine Tiefpreispolitik<sup>19</sup> für lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen ausgerichtet, um einen minimalen Lebensstandard und minimale Einkommen für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Solche Tiefpreise erreichen die Regierungen zum einen mit Transferzahlungen für die landwirtschaftliche Produktion, das Gesundheits- und das Bildungswesen, wozu sie öffentliche Finanzen – ein wichtiges Thema des Gender-Budgetings – brauchen. Zum anderen haben die Regierungen mit ihrer Politik eine hochgradig standardisierte Nahrungsmittelproduktion gefördert, die vorwiegend auf schlecht bezahlter Arbeit und ökologischer

### Wenn die unsichtbare Hand die Bohnen nicht pflückt

Anlässlich der Neuformulierung der Immigrationsgesetze im Herbst 2010 luden kritische DemokratInnen den bekannten Politsatiriker Stephen Colbert ([www.colbertnation.com](http://www.colbertnation.com)) zu einer Anhörung in eine Subkommission des US-Kongresses ein – sehr zum Missvergnügen der Republikaner und einiger konservativer Demokraten. Colbert kam zu dieser Ehre, weil er mit den ›United Farm Workers‹ zusammengearbeitet und einen Tag als Landarbeiter bei der Gemüseernte mitgeholfen hatte. Schon vor den Debatten im Kongress hatten eifrige Patrioten US-AmerikanerInnen aufgerufen, sich für einen solchen Job zu bewerben. Der Aufruf hatte trotz der grossen Arbeitslosigkeit keinen Erfolg: Die Arbeitsbedingungen seien einfach sehr lausig und die Arbeit »wirklich sehr hart«, betonte Colbert. Der Satiriker brachte das Dilemma der neuen Immigrationsgesetze, die die illegale Einwanderung verhindern sollten, wie folgt auf den Punkt: »As you heard this morning, America's farms are presently far too dependent on immigrant labor to pick our fruits and vegetables (...) The obvious answer is for all of us to stop eating fruits and vegetables. And if you look at the recent obesity statistics, you'll see that many Americans have already started.« (Wie Sie diesen Morgen gehört haben, hängen die amerikanischen Farmer bei der Ernte von Obst und Gemüse gegenwärtig äusserst stark von der Arbeit von Immigranten ab. (...)) Die offensichtliche Antwort für uns ist, kein Obst und kein Gemüse mehr zu essen. Und wenn sie die aktuelle Adipositas-Statistik lesen, sehen sie, dass viele Amerikaner bereits damit begonnen haben.) »Even the invisible hand doesn't want to pick beans«, fügte Colbert ironisch hinzu. (Nicht einmal die unsichtbare Hand [des Marktes, Red.] möchte Bohnen pflücken.) (Online: [www.huffingtonpost.com/2010/09/24/huffpost-hill-september-2\\_5\\_n\\_738760.html](http://www.huffingtonpost.com/2010/09/24/huffpost-hill-september-2_5_n_738760.html))



Zerstörung beruht. Arbeitskosten können aber auch gesenkt werden, indem Leistungen verschlechtert (Gesundheits- und Bildungswesen) und Arbeitskosten auf bestimmte Menschengruppen, etwa auf Frauen oder MigrantInnen, geschoben oder in Niedriglohnländer verschoben werden. So wurde beispielsweise anfangs des 20. Jahrhunderts die Forderung nach Ernährerlöhnen für die Männer mit dem Argument begründet, die Gesellschaft müsse garantieren, dass die Mütter zuhause für ihre Kinder sorgen könnten. Die Beschaffung billiger Nahrungsmittel für die Versorgung von Städten war ein gewichtiges Argument für die Kolonialisierung im 19. Jahrhundert (Patel 2009). Eine Geschichte der Lebensstandard-Politik und der damit verbundenen Wirtschafts- und Geschlechtergeschichte ist noch nicht geschrieben.

Heute wird die Lebensstandard- und Arbeitskostenpolitik implizit vor allem im Bereich der Gesundheits- und Krankenversicherungs-, der Kinderbetreuungs- und Landwirtschaftspolitik abgehandelt und in der Migrationspolitik diskutiert.

Beim nochmaligen Durchblättern einiger Texte von Keynes und Marx fällt auf, wie sie trotz ihrer harten Kritik an der dem Kapitalismus innewohnenden Krisenhaftigkeit, Zerstörung und Profitsucht davon fasziniert waren, wie der technische Fortschritt und damit die Erhöhung der technischen Arbeitsproduktivitäten zur (Teil-)Befreiung der Menschen von den täglichen Überlebenskämpfen und von harter Arbeit führen kann. Die kapitalistische Industrieproduktion diente nicht nur der Akkumulation und brachte nicht nur Kapitalisten unvorstellbaren Reichtum und Macht, sondern war zentral für die Massenproduktion von Nahrungsmitteln, bezahlbaren Textilien, Autos und arbeitserleichternden Einrichtungen für den Haushalt – Waschmaschinen, Kühlschränke und andere Kücheneinrichtungen. Etwas anderes zu behaupten, wäre eine Lüge. Aber die Geschichte der ›anderen Wirtschaft‹ wurde in der Geschichtsschreibung des Kapitalismus (und des Sozialismus!) gerne verdrängt, als vorkapitalistischer Rest oder Unterentwicklung und Ungerechtigkeit gesehen, die es zu überwinden galt. Die ›andere Wirtschaft‹ hat es jedoch schon vor dem Kapitalismus und seit seiner Existenz auf unterschiedlichste Art und Weise immer gegeben; und verglichen mit der Wirtschaft, die direkt dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterstellt war und ist, war sie sehr umfangreich. Ausserdem war sie immer wesentlich auch eine Wirtschaft der Frauen.<sup>20</sup> Was nicht gesehen wurde und wird: es wird immer eine ›andere Wirtschaft‹ geben, und über ihre Zukunft sollte eine eigenständige Debatte geführt werden.

Kurzum: Die Produktion und Reproduktion der materiellen Bedingungen des Lebens kennzeichnet sich durch einen sehr anderen Mix von



Produktions-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen als die Produktion für die privaten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und den Staat. Ein wichtiger Teil der Güter, die für die materielle Basis des Lebens unerlässlich sind, wird zwar auch in der Privatwirtschaft produziert und auf dem Markt gekauft. Aber, wie meine Schätzungen zeigen (Madörin 2010b: S. 99, Grafik 1), ist der monetarisierte Wert der unbezahlten Care-Arbeit für die Haushalte grösser als das, was Haushalte für den Konsum an Gütern und Dienstleistungen ausgeben, die sie vorwiegend vom Markt beziehen. Dazu kommen noch wesentliche Care-ökonomische Leistungen des Staates. Die Care-Ökonomie (s. Fussnote 2) muss deshalb als sehr wichtiger Teil der Produktion von Lebensstandard angesehen werden.

### **Weshalb es eine Theorie der Care-Ökonomie braucht**

Wenn Donath von feministischer Ökonomie spricht, beruft sie sich auf die Wissenschaftstheoretikerin Sandra Harding, die meint, es sei nicht klar, ob es in der Wissenschaft besondere feministische Forschungsmethoden gebe, hingegen liege es auf der Hand, dass feministische Wissenschaftlerinnen andere Fragen stellten. Sie stellten vor allem deshalb andere ökonomische Fragen, weil sich Frauen mehrheitlich in anderen sozio-ökonomischen Situationen befänden und immer noch mehrheitlich andere ökonomische Funktionen als Männer hätten (Donath 2000, S.115) Frauen arbeiten bezahlt und unbezahlt vor allem in der Care-Ökonomie.

Der Artikel von Donath ist sehr inspirierend und relevant. Aber das Argument der auseinanderdriftenden Arbeitsproduktivitäten reicht meiner Ansicht nach nicht aus, um eine adäquate Wirtschaftstheorie zur Care-Ökonomie zu entwickeln. Dies aus zwei Gründen: Zum einen gibt es andere Arbeiten als personenbezogene Dienstleistungen – zum Beispiel der JournalistInnen, KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, im Reparaturservice, im Kulturbereich etc. –, bei denen sich hinsichtlich der auseinanderdriftenden Arbeitsproduktivitäten ähnliche ökonomische Fragen stellen. Insofern wäre es wohl richtiger, von anderen Wirtschaften zu reden. Die Care-Ökonomie, im Sinne von direkter Sorge für und Versorgung von Menschen, dürfte jedoch mit Abstand den grössten Teil dieser notwendigerweise anders organisierten Wirtschaften ausmachen. Zum anderen unterscheiden sich die personenbezogenen Dienstleistungen, wie sie für die Care-Ökonomie charakteristisch sind, von anderen arbeitsintensiven Produktionen und Dienstleistungen auf verschiedene Art und Weise:



1. durch *ihre Größenordnung und ihre ökonomische Bedeutung für das Leben und das Wohlbefinden der Menschen*
2. durch die Besonderheiten der *Arbeits- und Austauschprozesse, die die Personenbezogenheit mit sich bringt*
3. durch *ihre besonderen zeitökonomischen Logiken*
4. durch ihre *Vielfältigkeit* und damit beschränkte *Standardisierbarkeit und Messbarkeit*
5. durch ihre *lange, feudale, patriarchale und koloniale Geschichte der Verfügungsgewalt über Menschen.*<sup>21</sup>

Zwar gibt es etliche neuere Debatten, die sich aus kapitalismuskritischer Sicht mit den hier skizzierten Entwicklungen befassen und sehr interessante Überlegungen dazu anstellen, was neu gedacht und erforscht werden müsste. Zu denken ist etwa an die ›Commons-Debatte‹, aber auch an alt-neue Formen der so genannten ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, die nicht direkt mit der Ausbeutung der Lohnarbeit verbunden ist, beispielsweise die ›Landnahme-/Enteignungs-Analyse (Zeller 2004) und feministische Analysen zur Finanzialisierung (z.B. Young 2009) und Globalisierung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Reproduktion (z.B. Bakker/Gil 2003). Aber es gibt meines Wissens nur wenige Untersuchungen, die sich systematisch mit den neuen wirtschaftspolitischen Fragen befassen, welche sich aus dem rapiden Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten und aus der Globalisierung ergeben. Und wenige dieser Untersuchungen setzen sich dabei mit dem grössten Teil der nicht-progressiven Wirtschaft auseinander, nämlich mit der Care-Ökonomie, den ihr eigenen Macht-, Kontroll- und Ausbeutungssystemen und ihren Institutionen.

## Anmerkungen

- 1 Dazu zählen Maria Mies, die allerdings nie an der Universität von Bielefeld tätig war, ferner Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen. Den zwei Letzteren wurden Karrieren an der Bielefelder Universität verwehrt.
- 2 Im Bereich der Care-Ökonomie hat die Unrisd-Studie (UN-Research Institute for Social Development) ›Political and Social Economy of Care‹ die bezahlte und unbezahlte direkte Betreuungs- respektive Pflegearbeit für Kinder und Kranke gezählt, ebenso unbezahlte Arbeiten, die der direkten Sorge für und der Versorgung von Menschen dient (z.B. Hausarbeit). (Razavi 2007, S. 4)
- 3 Die neuseeländische Polit-Ökonomin Marilyn Waring hat schon früh (1988) ein einflussreiches Buch zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus feministischer Sicht geschrieben.



## Politische Ökonomie

- 4 Ein Neoklassiker, dessen Kostenkrankheitsthese aber für keynesianische Überlegungen sehr interessant ist.
- 5 Jochen Hartwig von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich hat in den letzten Jahren eine Reihe von Papers zu Baumols Thesen geschrieben, insbesondere auch in Bezug auf das Gesundheitswesen ([www.kof.ethz.ch](http://www.kof.ethz.ch)). Ein älteres Paper von 2006 sei hier besonders zur Lektüre empfohlen (Hartwig 2006).
- 6 Ich teile diese Ansicht von Donath. Es braucht auch neue Überlegungen zu Steuersystemen.
- 7 So hat beispielsweise vom 3. Quartal 1991 bis 3. Quartal 2010 die Beschäftigung in der Industrie und Bauwirtschaft um 18 Prozent respektive um 215'700 Vollzeitjobs (VZÄ) abgenommen, im Gesundheits- und Sozialwesen hat sie um 51 Prozent oder um 125'200 VZÄ zugenommen.
- 8 Dass unbezahlte Arbeit nicht entlohnt wird und nicht dem direkten Verwertungsprozess des Kapitalismus ausgesetzt ist, bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie herrschafts- und ausbeutungsfrei organisiert. Es gab schon immer die schlecht bezahlte oder unbezahlte Arbeit von Frauen, SklavInnen, Kolonisierten, Leibeigenen, ZwangsarbeiterInnen, verschleppten Menschen, DissidentInnen und Gefangenen in Arbeitslagern und von Millionen rechtlosen MigrantInnen.
- 9 Unter dem Begriff ›ursprüngliche Akkumulation‹, ein bemerkenswertes Buch hat dazu Silvia Federici (2004) geschrieben. Ferner die theoretische Erweiterung des Marx'schen Reproduktionsmodells durch Rosa Luxemburg, auf welche sich die neuen Landnahme-theoretiker berufen.
- 10 Dazu gehört auch die Frage, welche Rolle die kapitalistische Produktion dabei spielt, also beispielsweise Nestlé, die Pharmaindustrie usw.
- 11 Keynes hat – gegenüber Marx – eine bahnbrechende neue Überlegung eingebracht: die Ungewissheit der Zukunft, die unterschiedliche Auswirkungen auf das Investitionsverhalten der Unternehmer und Banker und auf das Konsumentenverhalten hat. Diese Frage – eine ausserordentliche interessante Frage aus feministischer Sicht – ist nicht Gegenstand dieses Artikels.
- 12 Rudolf H. Strahm gibt in seinem Buch ›Warum wir so reich sind‹ (2008, S. 116 ff.) einen guten Überblick über verschiedene Produktivitätsberechnungen und ihre ökonomische Bedeutung. Die oben genannte Rechenmethode »Bruttowertschöpfung pro Vollzeitäquivalent« (BWS/VZÄ) ist insofern problematisch, weil die Investitionen und ihre Abschreibungskosten nicht enthalten sind (die z.B. im Energiesektor sehr hoch sind, vgl. Credit Suisse 2010).
- 13 Nur Betriebe und Unternehmen, die nicht Teil der öffentlichen Verwaltung sind, der so genannte Business-Sektor.
- 14 Wenn wir davon abstrahieren, dass einige Branchen sehr hohe Investitionen haben, deren Abschreibungen entsprechend stark bei den Gesamtkosten ins Gewicht fallen. (S. Fussnote 12)
- 15 Die Hälfte der Lohnabhängigen verdient mehr, die Hälfte weniger – alle Bruttolöhne, auch Teilzeitlöhne, sind umgerechnet auf VZÄ.
- 16 Credit Suisse unterscheidet in ihrer Branchenanalyse (2010, S. 6, 12, 37) unter anderem die Energiebranche, die Finanzbranche und die Spitzenindustrie (Chemie, Pharma, Kunststoffindustrie, elektronische und optische Geräte, Maschinenbau, Automobile und sonstiger Fahrzeugbau) als Branchen mit hoher Arbeitsproduktivität. In diesen Branchen arbeiten, in VZÄ gerechnet, knapp 17 Prozent (!) der Beschäftigten der Wirtschaftssektoren 2 und 3.
- 17 In einer repräsentativen Befragung von Deutschschweizer Eltern, in deren Haushalt Kinder wohnen, vertraten 86 Prozent der Befragten die Auffassung, dass für die Familienarbeit ein Lohn bezahlt werden müsste. Der Zentralwert des vorgeschlagenen Lohnes liegt bei 5000 Franken monatlich. (Fritz und Fränzi: 2011)
- 18 Ich frage mich zunehmend, ob die erschreckende Dynamik rechts-nationalistischer Tendenzen teilweise nicht mit den Widersprüchen der Lebensstandard-Politik »ökonomisch reifer« alias reicher westlicher Länder zu erklären ist, die – jedenfalls nach meiner Einschätzung – auf die Dauer so nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Vielleicht müsste man von einem rechtsradikalen Lebensstandard-Patriotismus reden.



- 19 Die radikalste Politik haben in dieser Hinsicht wohl die USA betrieben.
- 20 Eine Essaysammlung von Leonore Davidoff (1995) vermittelt ein eindrückliches Bild über die Frauenwirtschaft Englands im 19. und frühen 20. Jahrhundert.
- 21 Aus meiner Sicht besonders interessant für die Diskussion über die Besonderheiten der Care-Ökonomie und Care-Arbeit sind die Bücher von Kathleen Lynch et al. (2009) und von Linda McDowell (2009). Die hier aufgezählten Punkte, die sich im Verlauf meiner Arbeit vermehrt haben, verlangen nach Veränderungen und nach einer Weiterentwicklung der Analyse und des Denkens der politischen Ökonomie, der volkswirtschaftlichen und betriebsökonomischen Theorien, egal aus welchen Denkschulen sie stammen.

## Literatur

- Bakker, Isabella und Gill, Stephen (Hg.) (2003): *Power, Production and Social Reproduction*. Palgrave Macmillan, Hampshire, New York.
- BFS, Bundesamt für Statistik, Statistisches Lexikon online (Ende Juni 2011): Arbeitsproduktivität nach Branchen zu laufenden Preisen NOGA 60 (T4.7.4.3) und NOGA 17 (T4.7.4.2)
- Credit Suisse (2010): *Swiss Issues Branchen – Die Struktur der Schweizer Wirtschaft 1998–2020*. Hg. Economic Research der CS.
- Davidoff, Leonore (1995): *Worlds Between – Historical Perspectives on Gender & Class*. Polity Press, Cambridge.
- Donath, Susan (2000): *The Other Economy – A suggestion for a Distinctively Feminist Economics*. In: *Feminist Economics*, 6. Jahrgang, 1. Halbjahr, S. 115–125.
- Federici, Silvia (2004): *Caliban and the With – Women, the Body and Primitive Accumulation*. Autonomedia, Brooklyn, New York.
- Fritz und Fränzi, Das Elternmagazin (Hg.) (2011): *Familien Barometer 2011 – Ergebnisse aus der Familienbefragung von onemarketing*. [www.fritzundfraenzi.ch/familienbarometer2011](http://www.fritzundfraenzi.ch/familienbarometer2011)
- Hartwig, Jochen (2006): *Sind unsere gesamtwirtschaftlichen Probleme überhaupt lösbar?* Diskussionspapier der Keynes-Gesellschaft 3/2006, KOF Zürich.
- Lynch, Kathleen, Baker, John, Lyons, Mareen (2009): *Affective Equality – Love, Care and Injustice*. Palgrave Macmillan, Hampshire, New York.
- Madörin, Mascha (2010a): *Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften*. In: Christine Bauhardt und Gülay Çağlar (Hg.): *Gender and Economics – Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. VS Verlag, Wiesbaden, S. 81–104.
- Madörin, Mascha (2010b): *Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen – Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz*. In: *Widerspruch*, Heft 58, 30. Jahrgang, 1. Halbjahr, S. 97–108.
- McDowell, Linda (2009): *Working Bodies – Interactive Service Employment and Workplace Identities*. Wiley-Blackwell, Chichester, Oxford, Malden.
- Mies, Maria (2009): *Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive*. In: Marcel van der Linden und Karl-Heinz Roth (Hg.): *Über Marx hinaus*. Assoziation A., Berlin/Hamburg, S. 257–289.
- Patel, Raj (2009): *Stuffed and Starved – The Hidden Battle for the World Food System*. Melville House Publishing, Brooklyn, New York.
- Shahra Razavi (2007): *The Political and Social Economy of Care in a Development Context – Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options*. United Nations Research Institute for Social Development, Gender and Development, Programme Paper No 3/2007, Geneva
- Strahm, Rudolf H. (2008): *Warum wir so reich sind*. Wirtschaftsbuch Schweiz, hep-verlag, Bern.
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted – A New Feminist Economics*. Harper & Row Publishers, San Francisco.
- Young, Brigitte (2009): *Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle*. In: *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs Sozial- und Wirtschaftspolitik, Oktober 2009.